

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. August 2021

§ 419

Interpellation SP-Fraktion «Fragen an die Regierung zum Umgang mit Geflüchteten in der Nothilfe und mit Härtefallgesuchen»

(Bericht Regierungsrat, 18.5.2021)

Priska Grünenfelder, Niederurnen, Unterzeichnerin, dankt für die Beantwortung der Interpellation. – Der Regierungsrat verweist darauf, dass es sich bei der Gewährung einer Härtefallbewilligung um einen Verwaltungsakt handelt. Hinter dieser Position kann man sich bequem verstecken. Der Kanton St. Gallen zeigt aber, dass man auch die humanitären Aspekte einer Aufenthaltsbewilligung hervorheben kann. Dort sind Bestrebungen im Gang, dass man den Aufenthaltsstatus von Nothilfeempfängerinnen und -empfängern von Amtes wegen legalisieren kann. Damit könnten die Personen, die sich schon lange und unbescholten in der Schweiz aufhalten, einer Arbeit nachgehen. Dass es bezüglich Angabe von Personalien und Nationalitäten nicht einfach schwarz-weiss gibt, zeigt sich, wenn man sich vertiefter mit der Flüchtlingspolitik von Indien und Nepal befasst. An ein Identity Certificate heranzukommen, ist nicht einfach. Längst nicht alle Flüchtlinge besitzen eines. Die aktuelle Lage in China betreffend die Uiguren, aber auch betreffend die Tibeter ist mehr als besorgniserregend. Dass man als Flüchtling, egal, wo man sozialisiert wurde, unter allen Umständen versucht zu vermeiden, wieder zurückkehren zu müssen, ist mehr als verständlich. Auch die Rückkehr nach Indien birgt viele Risiken. Dort sind Femizide an der Tagesordnung. Es ist also auch kein Land, in das man insbesondere als Frau gerne alleine zurückgebracht wird. Klar, dass man unter solchen Umständen vehement versucht, die Identität nicht preiszugeben. Mit der Anerkennung der Staatenlosigkeit wäre möglicherweise die Grundlage für einen Härtefall gegeben. – Wenn die Betroffenen einfach irgendwo untertauchen, ist das vielleicht für die Schweiz eine praktische Lösung. Es fallen dann keine Kosten und kein Verwaltungsaufwand mehr an. Für die Flüchtlinge ist es allerdings ein fataler Weg in die Illegalität, wo jeder Schutz verwehrt bleibt. Auch der Ausweg in eine Scheinehe hat häufig ungesunde Abhängigkeitsverhältnisse zur Folge, die häuslicher Gewalt und familiären Problemen den Weg ebnet. – Auch Regierung und Verwaltung sollen Menschlichkeit zeigen können. Man ist verpflichtet, jenen zu helfen, die es verdienen, aber vor allem auch jenen, denen man helfen kann. Im konkreten Fall sind das die Leute, die in der Schweiz um Hilfe fragen und diese beantragen.